

»Gehalt nicht am Börsenkurs ausrichten«

Bank für Kirche und Caritas: Dr. Richard Böger fordert Konsequenzen aus der Finanzkrise

Paderborn (WB). Die Gehälter der Bankmanager sind zum großen Teil überzogen. Dr. Richard Böger, der Vorstandsvorsitzende der katholischen Bank für Kirche und Caritas Paderborn, fordert im Gespräch mit Bernhard Hertlein neue gesetzliche Regelungen.

Wie schlagen sich die nachhaltigen, sozial- und umweltverträglichen Geldanlagen?

Böger: Natürlich konnten sie sich dem allgemeinen Trend an den Aktienmärkten nicht entziehen. Zum Glück sind die Verluste oft nicht ganz so hoch. Aber große Unterschiede sind im Augenblick nicht festzustellen.

Experten sagen, die derzeitige Finanzkrise werde die Weltwirtschaft ähnlich treffen wie die große Depression 1929. Teilen Sie diese Auffassung?

Böger: Ja. Was wir im Augenblick sehen und was wir in den nächsten Jahren möglicherweise noch erleben werden, ist die schwerste Wirtschaftskrise seit den 30er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Es ist das erste Mal seit Ende des Zweiten Weltkriegs, dass eine Rezession alle drei Wirtschaftszentren – Nordamerika, Europa und Asien – gleichzeitig erfasst.

Den Anstoß gaben nicht gesicherte Hypothekenkredite in den USA. Was aber ist die wirkliche Ursache der Krise?

Böger: Der Anstoß für die Krise ist schon auch eine wichtige Ursache. Die Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft sind zu groß. Deshalb konnten die zu hohe staatliche und private Verschuldung in Verbindung mit der niedrigen Sparquote in den USA eine solche weltweite Wirkung erzeugen. Die ganze Welt hat ihr Geld bereitwillig und freiwillig in den USA angelegt. Durch die neuen Konstruktionen an den Finanzmärkten wie Kreditverkäufe und Strukturierungen ist es dem ausschließlich an der kurzfristigen Rendite orientierten Finanzsystem gelungen, die echten Risiken vor den Anlegern zu vertuschen und dadurch auch deutlich zu verstärken. Nun müs-



Mitglieder der Anti-Globalisierungsbewegung Attac sehen in der Finanzkrise den Anfang vom Ende des Kapitalismus. Kritik kommt inzwischen auch

den Anleger feststellen, dass ein Großteil ihres Vermögens wertlos geworden ist. Die Verluste der Anleger und der Banken sind so groß, dass nur der Staat das Weltfinanzsystem vor dem totalen Absturz bewahren konnte.

Damit hat sich die Privatisierungswelle in ihr Gegenteil verkehrt. Sind der Neoliberalismus oder vielleicht sogar der ganze Kapitalismus am Ende?

Böger: Die Ideologie, dass die Märkte am besten ohne staatlichen Einfluss funktionieren, ist an der



Richard Böger ist Chef der Bank für Kirche und Caritas. Foto: Schwabe

Realität gescheitert. Wir brauchen ein neues Gleichgewicht zwischen Markt und Staat. Deshalb wird die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft eine Renaissance erleben, und zwar weltweit.

Was kann innerhalb des Systems geändert werden?

Böger: Die Anreize für die handelnden Personen müssen geändert werden. Das betrifft vor allem das Bankmanagement und die Investmentbanker. Die Möglichkeiten, sehr, sehr viel Geld in sehr kurzer Zeit zu verdienen, haben dazu geführt, übergroße Risiken einzugehen. Künftig muss die Bezahlung so geändert werden, dass nur dauerhafte Gewinne, die über eine Periode von mehreren Jahren anfallen, zu Bonuszahlungen führen können. In der gesamten Wirtschaft sollten Vergütungen an das Management, deren Höhe vom Aktienkurs abhängig ist, grundsätzlich verboten werden.

Welche Staaten leiden international am meisten unter der Finanzkrise?

Böger: Wir werden 2009 erleben, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer am meisten unter der Finanzkrise leiden. Besonders betroffen werden die Länder sein, die notwendige Güter durch internationale Kredite finanzieren

aus der Geldwirtschaft selbst. Die Banken seien bislang zu sehr auf kurzfristige Renditen aus, erklärt Dr. Richard Böger. Foto: dpa

müssen. Da es diese Kredite kaum noch gibt, wird der Internationale Währungsfonds im nächsten Jahr viel Arbeit bekommen.

Gibt es Ansätze, die internationale Finanzarchitektur zu verändern?

Böger: Die G 20-Länder haben sich bei ihrem Gipfel in Washington darauf verständigt, künftig alle Finanzzentren lückenlos zu überwachen. Damit werden künftig auch die Hedgefonds endlich überprüft. Dieser positive Schritt kann allerdings allein nicht alle Fehlentwicklungen verhindern.

Was muss noch hinzukommen?

Böger: Die Bereitschaft der Po-

litik, auf Fehlentwicklungen zu reagieren. Jedes Land muss unsolidere Finanzierungssysteme in seinem Zuständigkeitsbereich verhindern. Maßnahmen wie die sogenannte Tobin-Steuer auf Währungstransaktionen oder eine Börsenumsatzsteuer sind ergänzend sinnvoll. Allerdings müssen sie weltweit ohne Ausnahme gelten.

Wann werden die Folgen dieser Krise überwunden sein?

Böger: Ich denke, dass Europa ab 2011 das Schlimmste überstanden hat. Die Amerikaner werden mehr als ein Jahrzehnt brauchen, um die Folgen der Immobilienkrise zu bewältigen. Das gilt auch für einige europäische Staaten wie Großbritannien und Spanien.

THEOLOGIN: »GIER IST EINE SUCHT«

München (WB). »Gier ist eine Sucht, die den Menschen völlig ausfüllen und gefangen nehmen kann«, erklärt Beate Weingardt, Tübinger Theologin und Psychologin, gegenüber dem Wissensmagazin P.M. Britische Forscher sehen sogar Parallelen zur Wirkung von Drogen. Sie gehen davon aus, dass sich die neuronalen Aktivitäten eines Anlegers im

Geldrausch nicht von denen einer Person im Kokain- oder Morphiumrausch unterscheiden.

Solange ein anderer mehr hat, besteht die Gier fort. »Die Menschen wollen lieber 100 000 Euro verdienen, wenn die anderen nur 50 000 verdienen – statt 200 000, wenn die anderen 300 000 verdienen«, stellte die Informatikerin Ulrike Lechner in Tests fest.

Geringerer Lohn für Leiharbeiter

Düsseldorf (dpa). Leiharbeiter verdienen weniger als ihre fest angestellten Kollegen. Ihr Bruttolohn ist je nach Berufsgruppe um 36 bis 45 Prozent niedriger. Das geht aus einer Studie zur Zeitarbeit in NRW hervor, die Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) am Freitag vorgestellt hat. Allerdings habe Zeitarbeit auch ihre guten Seiten. 58 Prozent waren laut Studie zuvor arbeitslos. Jeder Dritte schafft den Sprung auf eine feste Stelle. Die Zeitarbeitsbranche beschäftigt in NRW 147 000 Menschen, 1,8 Prozent aller Erwerbstätigen.

50-Milliarden-Betrug in USA Verdacht: Börsen-Manager hat Anleger geprellt

New York (Reuters). Einer der über Jahre hinweg einflussreichsten Manager an der New Yorker Börse ist unter dem Verdacht des Milliarden-Betrugs festgenommen worden. Bernard Madoff (70) wird vorgeworfen, mit einem Schneeball-System Investoren um 50 Milliarden Dollar betrogen zu haben. Madoff war auch zeitweise Chef der Computerbörse Nasdaq. Er soll mittels eines Hedge-Fonds ein Schneeball-System aufgebaut haben, bei dem Investoren hohe Gewinne versprochen werden, die zunächst mit dem Geld weiterer Anleger bezahlt werden.

Madoff hat nach Angaben der Staatsanwaltschaft zugegeben, dass sein Geschäft seit Jahren zahlungsunfähig sei. Sollten sich die Vorwürfe gegen Madoff bestätigen, wäre es einer der größten Betrugsfälle in der US-Geschichte, vergleichbar dem Enron-Skandal von 2001. Madoff wurde gegen die Hinterlegung einer mit seinem Manhattaner Apartment abgesicherten Zehn-Millionen-Dollar-Kautions auf freien Fuß gesetzt. Sein Anwalt sagte: »Wir werden kämpfen, um aus dieser unglücklichen Verkettung von Ereignissen herauszukommen.«

Post-Beilage: Verleger klagen erneut

Berlin (epd). Die Verleger von Tageszeitungen und Anzeigenblättern gehen in ihrem Klageverfahren gegen das Post-Werbemedium »Einkauf aktuell« in die zweite Runde. Gegen das Urteil des Landgerichts Hamburg, das die Haushalts-Beilage als wettbewerbsrechtlich zulässig angesehen habe, sei Berufung eingelegt worden, sagte der Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), Jörg Laskowski, am Freitag. Die Verleger bezweifeln, dass »Einkauf aktuell« mit dem Verbot von Staatszeitungen vereinbar ist.

Genth vermutet Racheakt

Einzelhandels-Chef wehrt sich gegen Vorwürfe

Bielefeld (WB/ef). Einen Tag nach der Steuerrazzia in seinem Privathaus hat Einzelhandels-Chef Stefan Genth die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als haltlos zurückgewiesen.

»Nach meiner Einschätzung handelt es sich um einen Vergeltungsakt und einen Angriff auf meine Person und Familie durch einen ehemaligen Mitarbeiter der Bielefelder Kaufmannschaft, der aufgrund eines Diebstahls fristlos gekündigt und der für den Diebstahl auch durch das Amtsgericht Bielefeld rechtskräftig verurteilt ist«, betonte Genth.

Zudem habe er »bisher keine Kenntnis durch die Staatsanwaltschaft Bielefeld über die konkreten Inhalte der Vorwürfe gegen

meine Person erhalten«. Genth war bis 2007 Hauptgeschäftsführer des Einzelhandelsverbandes Ostwestfalen-Lippe und ist seitdem in gleicher Funktion im Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) in Berlin tätig ist.

Wie berichtet, hatte der Zoll Donnerstag das Wohnhaus von Stefan Genth und seiner Frau durchsucht. Nach den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft soll Genth Aufwendungen für den Umbau seines Hauses nicht aus eigener Tasche bezahlt haben, sondern aus Mitteln der



Wehrt sich: Einzelhandels-Chef Stefan Genth.

Kreditrahmen für Balda abgesichert

Bad Oeynhausen (WB/in). Die Balda AG hat einen wichtigen Schritt zur Zukunftssicherung getan. Die am 28. November getroffene Einigung mit den Banken zur Neuordnung der Finanzierungsstruktur wurde von allen Parteien unterschrieben, teilte Balda am Freitag mit. Der bis Ende 2009 gewährte Kredit beläuft sich auf 76,5 Millionen Euro.

Post stockt Zahl der Briefträger auf

Berlin (Reuters). Die Deutsche Post reagiert auf die jüngsten Beschwerden von Kunden und Behörden über Mängel in der Briefzustellung mit einer Aufstockung des Personals. Allen 1300 ehemaligen Auszubildenden, die noch keinen unbefristeten Vollzeit-Job bei der Post haben, bietet der Konzern nun ein solches Arbeitsverhältnis an.

Kreditkarten in Massen ausgespäht

Frankfurt (dpa). Bei der Landesbank Berlin sind nach einem Bericht der »Frankfurter Rundschau« die Kreditkarten-Daten von zehntausenden Kunden ausgespäht worden. Dem Blatt wurden von einem anonymen Absender detaillierte Abrechnungen von Kreditkarten mit Adresse, Kontonummer und Überweisungsdaten zugespielt. Dazu gehörten auch die Geheimnummern (Pin).

Arvato beliefert Apotheken direkt

Berlin (WB). Die Bertelsmann-Tochter Arvato erweitert ihr Geschäftsfeld. Künftig wollen die Gütersloher auch Apotheken mit Arzneimitteln der Pharmahersteller direkt beliefern. Das berichtet der Branchendienst »Apotheken Adhoc«. Dabei will der Konzern nicht als klassischer Arzneimittel-Großhändler auftreten, sondern als Dienstleister. Konkrete Verträge gebe es noch nicht.

Heizöl-Preis hat sich fast halbiert

Hamburg (dpa). Der Preis für Heizöl hat sich seit seinem Höchststand im Sommer fast halbiert. Im Durchschnitt mussten die Kunden am Freitag 51,90 Euro für 100 Liter (Abnahme 3000 Liter) bezahlen. Das ist ein Rückgang von 46 Euro gegenüber Juli. Der Heizölpreis hat damit wieder ein Niveau wie im Juni 2005 erreicht.

Der Brennstoffhandel hat für Ostwestfalen-Lippe aktuell diese Heizöl-Durchschnittspreise (inklusive 19 Prozent Mehrwertsteuer) je 100 Liter ermittelt:

950 - 1500 l	Euro 55,10 - 57,70
1501 - 2500 l	Euro 51,75 - 54,15
2501 - 3500 l	Euro 50,45 - 53,30
3501 - 4500 l	Euro 50,10 - 52,10
4501 - 5500 l	Euro 49,75 - 51,55
5501 - 7500 l	Euro 48,45 - 50,95

Für die Premium-Qualität wird ein Aufschlag erhoben.

Lycos Europe gibt endgültig auf

Hauptversammlung beschließt Teilverkauf – 500 Mitarbeiter ohne Job

Amsterdam/Gütersloh (WB/ef/dpa). Der Internetportal-Betreiber Lycos Europe ist nach jahrelangen Verlusten am Ende. Die Anteilseigner haben auf einer außerordentlichen Hauptversammlung in Amsterdam am Freitag den Teilverkauf des Unternehmens beschlossen. Veräußert werden sollen das Domaingeschäft, das Geschäft mit Internet-Shopping sowie das dänische Portalgeschäft, die zusammen zwei Drittel des

Umsatzes ausmachen. Die übrigen Sparten will das Unternehmen schließen. 500 der 700 Beschäftigten verlieren ihre Arbeitsplätze.

Hauptaktionäre sind die Konzerne Bertelsmann und Telefonica (Spanien). Über einen Sozialplan und Interessenausgleich für die betroffenen Mitarbeiter werde noch mit dem Betriebsrat verhandelt, sagte eine Lycos-Sprecherin. Die Hauptversammlung beschloss auch die Auszahlung von 50 Milli-

onen Euro an die Aktionäre. Von den Einnahmen aus dem Börsengang im Jahr 2000 von 641 Millionen Euro bleiben dem Unternehmen noch 130 Millionen Euro an liquiden Mitteln. Unmut gab es unter Kleinaktionären, weil sie nicht zur Hauptversammlung eingeladen worden waren. Dies aber, so die Lycos-Sprecherin, sei nach ausländischem Aktienrecht nicht erforderlich. Lycos hat den Sitz in Haarlem in den Niederlanden.